

Die „Arbeiter-Zeitung“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Die Werbung nehmen Familien- und Firmenanzeigen entgegen. Inner- und Auslandsbezüge für Deutschland, Dänzig, das Baltikum und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens M. 25.—, für das übrige Ausland M. 30.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 60

Die neuangelegte Konkurrenzliste über deren Raum kostet 4.— M. einschließlich Anfertigung. Kleinanzeigen: Das fertige Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Anfertigung. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Bezüge 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Bezüge in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

ARBEITERZEITUNG

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Rettung vor dem Zusammenbruch

Die Forderungen der Gewerkschaften

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des AFA-Bundes, die schon vor einigen Tagen gegen die vom Reichsverband der deutschen Industrie in der Frage der Kredithilfe gefassten Beschlüsse scharfen Protest eingelegt hatten, sind bei ihren weiteren Beratungen am 15. November zu dem Ergebnis gelangt, daß bei dem wachsenden Finanzelend des Reiches und der damit verbundenen unerträglichen Teuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel von der Reichsregierung nunmehr unverzüglich ein gesetzgeberisches Eingreifen verlangt werden muß.

Unbeschadet ihrer grundsätzlichen Auffassung, daß die zu lösende Aufgabe nicht lediglich ein Steuer-, sondern vor allem ein Wirtschaft- und Produktionsproblem ist, halten die Gewerkschaften angesichts der fortschreitenden Geldentwertung eine grundsätzliche Neuordnung der Steuerpolitik für unumgänglich notwendig. Es kommt vor allem darauf an, zum Zweck der Sanierung der vom Zusammenbruch bedrohten Reichsfinanzen die Leistungsfähigkeit der seit Beendigung des Krieges wieder erstarrten Privatwirtschaft im notwendigen Maße anzuspannen. Die Stilllegung der Notenpresse, die als die Voraussetzung für jede Gesundung der Reichsfinanzen angesehen werden muß, kann nur erreicht werden, wenn bei der bevorstehenden Steuerreform die Wirtschaft in den Dienst des Staates gestellt wird.

Die Erfüllung der Wiedergutmachungsleistungen an die Entente macht es der Regierung zur Pflicht, die Wirtschaftsfähigkeit der Reichsbetriebe einer Nachprüfung zu unterziehen. Unter unbedingter Ablehnung aller Versuche einer Ueberführung der Eisenbahn- oder anderer Reichsbetriebe in Privatbesitz wird vorgeschlagen, die im Besitz des Reiches befindlichen wirtschaftlichen Unternehmungen von ihrer heutigen bürokratischen Bevormundung zu befreien und durch Sozialisierung wirtschaftlich zu gestalten.

Gegen die Ausbeutung der Reichseisenbahnen durch Privatkapitalistische Lieferanten müssen im Eisenbahnfinanzgesetz Sicherungen vorgeesehen werden.

Von diesen Erwägungen ausgehend, fordern die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des AFA-Bundes von der Reichsregierung und den Reichstag zur Erfüllung der Wiedergutmachungsleistungen und zum Ausgleich des inneren Haushalts des Reiches die beschleunigte Beschlussfassung über folgende gesetzgeberische Maßnahmen:

1. Beteiligung des Reiches an den Sachwerten. Die Aktiengesellschaften haben 25 Prozent ihres Aktienkapitals auf das Reich zu übertragen. Die kleineren gewerblichen Unternehmungen und die Landwirtschaft sind durch eine Steuer, deren Erträge der Veränderung des Geldwertes angepaßt sind, in gleicher Höhe zu belasten.
2. Sozialisierung des Kohlenbergbaues zur Erhöhung der Kreditfähigkeit des Reiches.
3. Neuordnung der Verkehrsunternehmungen mit dem Ziele, sie in kürzester Zeit wirtschaftlich zu gestalten.
4. Schärfste Erfassung der Exportdevisen durch Ausbau der Außenhandelskontrolle.
5. Beschränkung der Einfuhr auf das Lebensnotwendige.
6. Erhöhung der Ausfuhrabgaben bis zur völligen Erfassung der Wertzuwächse.
7. Beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers.
8. Sofortige Einziehung der bisherigen Steuern, insbesondere der Einkommensteuer. Die Steuerpflichtigen müssen verpflichtet werden, den Betrag ihrer eigenen Veranlagung sofort an die Finanzämter abzuliefern. Bleibt diese Zahlung bis zu einer Grenze von 25 Prozent ihrer Einkommensteuerpflicht zurück, so haben sie nach der definitiven Veranlagungsentscheidung des Finanzamtes den Rest mit 5 Prozent Zinsen abzuführen. Ist die Selbstveranlagung unter diesem Betrage zurückgeblieben, so haben sie für diese Summe eine Verzinsung von 30 Prozent zu zahlen. Die Umsatzsteuer ist von den Steuerpflichtigen in monatlichen Abschlagszahlungen abzuführen.
9. Scharfe Besteuerung der durch Devisen und Effekten-Geschäfte erzielten Gewinne.
10. Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des AFA-Bundes rufen alle organisierten Arbeiter und Angestellten, sowie die zentralen und örtlichen Organe der freien Gewerkschaften auf, mit allem Nachdruck für dieses Mindestprogramm einzutreten und für seine Durchführung ihre ganze organisatorische Kraft zu entsalten.

ganz auf den Frieden eingestellt ist. Mit der Fabrikation von Sport- und Jagdwaffen sind im ganzen 900 Personen beschäftigt. Die Maschinen, die der Herstellung von Gewehrläufen dienen, sind so umgebaut worden, daß sie Kriegswaffen nicht mehr herstellen können. Dasselbe gilt von den großen Bohr- und Drehbänken, auf denen während des Krieges Torpedo- und Kanonentore gedreht wurden. Durch die Stilllegung dieser Maschinen, so berichtet die Gewerkschaftskommission, ist den Deutschen Werken erheblicher Schaden erwachsen. So konnten sie einen Auftrag von Schiffswellen nicht ausführen, weil die großen Drehbänke nicht benutzt werden dürfen. Die Produktivität der Werke muß unter einer solchen Maßnahme naturgemäß schwer leiden.

Die Gewerkschaftskommission weist weiter darauf hin, daß die Befürchtung, die Deutschen Werke könnten wieder einmal Kriegsmaterial herstellen, wenn sie eine sachtechnisch geübte Arbeitermasse zusammenhalten, nicht stichhaltig ist. Denn das gleiche müßte natürlich auch auf andere Großbetriebe zutreffen. Diese könnten sich auf eine etwaige Kriegsproduktion mindestens ebenso schnell, wenn nicht noch schneller wie die Deutschen Werke, umstellen.

Es ist zu wünschen, daß die Botshafterkonferenz den Einwürfen der deutschen Regierung Gehör schenkt und die Produktion der Deutschen Werke durch unsinnige Maßnahmen nicht unterbindet. Das wird um so eher möglich sein, wenn die Arbeiterschaft ihrerseits die Garantie übernimmt, daß in den Werken Kriegswaffen nicht mehr hergestellt werden. Sie hat diese Zusicherung bereits gegeben, und das ist die beste Garantie gegen etwaige Mißbräuche!

Dutschgerüchte in Budapest

Nach Meldungen aus Budapest wurden am Montag plötzlich sämtliche Gefängnisse durch Militär abgesperrt und die Budapest Garnison in Alarmbereitschaft gehalten. Die militärischen Sondermaßnahmen fanden statt, weil angeblich bewaffnete Truppen, die aus den geschlagenen Karpaten befreit worden sollten, sich auf dem Wege nach Budapest befänden. Die Insurgenten sollten die Absicht haben, die Gefängnisse zu stürmen, um die wegen des Karpatenverhafteten Politiker zu befreien. Das irrendes was im Gange war, zeigte sich auch daran, daß plötzlich in den Straßen der Stadt bewaffnete Gruppen auftauchten und friedliche Passanten belästigten, wobei es mehrfach zu blutigen Schlägereien kam.

Die Not steigt!

Auf dem Rücken der deutschen Arbeiterklasse tobt sich die Hausse an der Börse und auf dem Warenmarkt aus. Die katastrophale Entwertung der Mark wirkt den Besitzern der Sachwerte ungeheure Gewinne in den Schoß. Auf der anderen Seite sinkt der Reallohn des Arbeiters mit unheimlicher Schnelligkeit. Die Preise eilen im Geschwindigkeit dem Stande der Weltmarktpreise zu, was soviel bedeutet, daß sie bald die dreißig- bis vierzigfache Höhe der Friedenspreise betragen werden. Die notwendigsten Lebensbedürfnisse werden für den Arbeiter, für den Angestellten, für den Beamten, für den Kleinrentner, also für die gewaltige Mehrheit der Bevölkerung, immer mehr zu Luxusartikeln. Butter, Eier, Fleisch kommen kaum noch auf ihren Tisch. Sie sind nicht mehr imstande, den Verbrauch an Haushaltsgegenständen zu ersetzen, geschweige denn, daß sie daran denken könnten, den seit über sieben Jahren heruntergewirtschafteten Hausrat zu erneuern. Dabei stehen wir erst am Anfange der Teuerungswelle, ihre schlimmsten Wirkungen werden erst in einigen Wochen zum Ausdruck kommen.

Kann man sich also darüber wundern, daß gestern vormittag in Neukölln, diesem proletarischem Ortsteil von Berlin, einige Lebensmittelläden geplündert, die Waren herausgeschleppt worden sind? Ist es erstaunlich, daß einige hundert hungernder Arbeitslosen den sinnlosen Parolen irgendwelcher dunkler Elemente Folge leisten und sich unter Anwendung von Gewalt das holen wollen, was ihnen die heutige Wirtschaftsordnung nicht gibt? Die Erregung der Menge suchte sich zuerst in einem Ansturm auf eine Filiale der Konsumgenossenschaft Luft zu machen, um schließlich in der Ausräumung einer städtischen Verkaufsstelle ihren Höhepunkt zu erreichen. Die Tatsache allein, daß vornehmlich die Unternehmungen der Arbeiter und der Stadt zu Objekten der Plünderungen wurden, zeigt die Geistesbeschaffenheit ihrer Urheber. Sie haben das Vertrauen zu planmäßiger Arbeit verloren und glauben, durch planlose Zerstörung mehr für sich erreichen zu können. Die sozialistische Arbeiterklasse versteht die Ursache dieser Stimmung, sie verurteilt aber zugleich die Methoden, die gestern zur Anwendung gelangten. Sie weiß genau, daß Handlungen von dieser Art nicht geeignet sind, die Lage der werktätigen Bevölkerung zu verbessern, daß sie im Gegenteil nur Wasser auf alle reaktionären Mühlen leiten müssen.

Das eine aber ist sicher: Nicht lange mehr wird die Arbeiterklasse zusehen, daß die Regierung und die regierenden Parteien die Dinge laufen lassen, wie sie wollen! Zur gleichen Zeit, in der sich eine undisziplinierte Menge zu sinnlosen Handlungen hinreißen ließ, haben die Spitzenorganisationen der deutschen Arbeiter und Angestellten, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die AFA ein Programm ausgearbeitet, das den Weg weist, der unverzüglich beschritten werden muß. Die Regierung muß wissen, was das bedeutet. Der Welt des Kapitals, die das Reich zertrümmern möchte, damit ihr Besitz und ihr Profit nicht angetastet werde, stellt sich die Welt der Arbeit gegenüber, die die Volksgemeinschaft vor dem Untergang bewahren will. In den Forderungen der Organisationen ist kein Bußstabe enthalten, der nicht sofort erfüllt werden kann. Die Not des Reichs, die Not des Volks ist aus höchster Notwendigkeit; die Regierung muß jetzt so viel Verantwortungsgefühl haben, um dem widerlichen Spiel der kapitalistischen Erpresser ein Ende zu machen und, gestützt auf die Massen der organisierten Arbeiterklasse, und unterstützt von den nichtkapitalistisch interessierten Teilen des übrigen Bürgertums, den Kampf gegen die Selbstsucht der bestehenden Klassen aufzunehmen. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren!

Zweierlei hat sofort zu geschehen. Die dringendste Aufgabe besteht darin, die Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten in Einklang mit der Teuerung auf dem Warenmarkt zu bringen. Die Vorgänge in einigen großen Betrieben Berlins, wo die Arbeiter nichts mehr von geregelten Lohnbewegungen wissen wollen, sondern denjenigen Gehör schenken, die ihnen die „direkte Aktion“ empfehlen, muß eine deutliche Warnung sein. Wenn der Arbeiter eine Stunde lang schaffen muß, damit er sich ein Ei, einen Tag lang, damit er ein Pfund Margarine kaufen kann, so ist die Lehre aller Satten, daß die Erhöhung des Arbeitslohns nur eine neue Vermehrung des Papiergeldumlaufs hervorruft, für ihn eitel Wind. Er kann nicht warten, bis endlich durch geeignete staatliche Maßnahmen die Verhältnisse stabil geworden sind; ihm muß sofort und ausreichend durch Erhöhung des Lohnes geholfen werden.

Das ist das eine. Die Hauptaufgabe aber ist, den Staatshaushalt in Ordnung zu bringen, den wirtschaftlichen Kredit des Reichs zu heben, die Voraussetzungen für die Erfüllung der Wiedergutmachungspflichten zu schaffen. Mit Wusch und Mißwerk ist nichts mehr getan, es muß ganze Arbeit geleistet werden. Die Gewerkschaften zeigen, was jetzt geschehen muß. Ihre Forderungen decken sich mit dem, was wir und unsere Partei schon seit Monaten ver-

Das Schicksal der Deutschen Werke

Eine Note an die Botshafterkonferenz

Das Auswärtige Amt hat an den Vorsitzenden der Internationalen Militärkommission ein Schreiben gerichtet über die geplante Zerstörung der Deutschen Werke. Zugleich ist die deutsche Botschaft in Paris beauftragt worden, der Botshafterkonferenz eine Note zu überreichen, deren Inhalt sich mit dem Schreiben an die Militärkommission deckt. In der Note wird darauf hingewiesen, daß die ehemaligen Heereswerkstätten nach der Resolution vollständig umgestaltet worden sind. Es wird behauptet, daß die von der Botshafterkonferenz gestellten Bedingungen im vollen Umfange erfüllt sind. Die Werke, so heißt es, verrichten heute reine Friedensarbeit, jedoch müßte bei der Umstellung auf die vorhandenen Maschinen und Einrichtungen sowie auf die Materialklassen Rücksicht genommen werden, ebenso auf die Fachkenntnisse der in den Werken beschäftigten Arbeiter. Die Umstellung sei unter genauer Kontrolle der Militärkommission vor sich gegangen. Würde jetzt den Wünschen der Kontrollkommission nachgegeben, so sei der Fortbestand der Werke aufs äußerste gefährdet. Im einzelnen wird dann gefordert:

1. In Erfurt und Spandau-Hafelhors die Herstellung von Schusswaffen und Munition für Jagd und Sport im bisherigen Umfange weiter zu gestatten und die Note vom 23. September 1921 aufzuheben.

2. Im Werke Wollgang bei Hanau die Herstellung von Filmrolle und Kunstleder und die übrige Fabrikation unter Befassung der dazu erforderlichen Werkseinrichtungen zu gestatten und die Note vom 30. September aufzuheben.

3. Dem Hüttenwerk Spandau soll der Ausbau des geplanten Holzwerks genehmigt werden, die bezüglich der Werke Spandau-Hafelhors und Erfurt getroffenen Anordnungen auf Zerstörung oder Zerstörung der dringend notwendigen Maschinen sollen nachgeprüft und beschränkt werden.

Weiter wird verlangt, die Neubeschaffung notwendiger Maschinen nicht zu unterbinden, einen ausreichenden Transport von Werk zu Werk nicht zu sperren und die durch den Beschluß der Botshafterkonferenz vom 21. September geforderte Beschränkung der Verfügungsrechte über die Rohmaterialien aufzuheben.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hat am Montag die Deutschen Werke besichtigt und festgestellt, daß die Fabrikation

Von Luise Zieh

Das Beamtenprogramm der U.S.P.D., das am 6. November in der 'Freiheit'...

Das ist nicht geteilt. Schon in den einleitenden Sätzen läßt er den Hinweis weg...

Die Mitglieder unseres Beamtenbeirats, alles freigewerkschaftlich und politisch organisiert...

Der Vorstand des Eisenbahnerverbandes hat, wie ich von mehreren Mitgliedern...

Aber der Artikel des Verbandes führt noch größeres Gewicht auf; er erklärt, die Parteien, auch die U.S.P.D., habe nichts getan...

Als ich vor mehreren Monaten bei den Verhandlungen der Spitzenorganisationen mit der Regierung über die Frage, ob das vorläufige Ortsklassenverzeichnis...

Würden wir trotzdem und gerade bei Verhandlungen über Gehaltsfragen uns eingemischt haben...

Als vor wenigen Tagen auf Einladung der Mitglieder des Ausschusses der Beamtenorganisation...

Werkwürdigerweise richtet der Angriff des Artiklers im 'Deutschen Eisenbahner'...

Die Veröffentlichung unseres Programms nennt der Artikler hauptsächlich das Aufwachen zur 'teilenden Tat'...

Das ist durchaus falsch! Bei der letzten Teuerungszulage hat die Regierung, ohne den verunglückten Reichstag zu fragen...

Wenn sich bei entscheidenden Beschlüssen des Reichstages die Parteien überbieten...

Eine mißlungene Aktion

Die Bewegung der städtischen Gasarbeiter hat eine Reihe von schweren Gefahren erkennen lassen...

Zwischen der Stadtgemeinde Berlin und den städtischen Arbeitern bestand ein Lohnvertrag, der bis zum 30. November d. Js. lief...

Die weitere Entwicklung der Dinge ist ja noch in aller Erinnerung. Die außerordentliche Magistratsitzung beschloß, den städtischen Arbeitern dasselbe zu zahlen...

reichtigten Unmut lebhaften Ausdruck. Die Tatsache, daß wir am nachdrücklichsten Beamten- und Arbeiterinteressen wahrnehmen...

Alle diese Beamten und alle unabhängigen Menschen werden mit uns das Unerhörte des Angriffs empfinden, der im Eisenbahner-Organ gegen uns verübt ist...

Studentenprotest

Die Berliner Universität hat am Dienstag eine Kundgebung gegen die Entschädigung des Völkerbundrats über Ober-Schlesien veranstaltet...

Kun der Wissenschaftlichkeit war das Wissen nicht gerade günstig und den stärksten Befall fand es denn auch die Redner an den Stellen...

der Arbeiter abgeschlossen, am nächsten Tage fand bereits die außerordentliche Magistratsitzung statt...

Die am 7. November vorgenommenen Neuwahlen des Gesamtbetriebsrates der Städtischen Werke...

Während das Lohnkartell auf jede Weise versucht, möglichst rasch Hilfe für die städtischen Arbeiter zu schaffen...

Die Betriebsräte und Funktionäre wußten, daß es galt, in die durch die Schuld der Gewerkschaftsführer so verzerrte Bewegung wieder Einheitslichkeit zu bringen...

Die weitere Entwicklung der Dinge ist ja noch in aller Erinnerung. Die außerordentliche Magistratsitzung beschloß...

Durch das Eingreifen des unionistisch orientierten Betriebsrats, der in einem Briefe vom 9. November an den Gemeinde- und Staatsarbeiterverband erklärte...

Diese Ausführungen und der Verlauf des directionslosen Gasarbeiterstreiks lassen ganz deutlich als wesentliche Lehren erkennen, daß eine erfolgreiche Lohnbewegung nur durchgeführt werden kann...

Gerindere Begeisterung vermochte schon der Nationalökonom Prof. Schumacher zu erwecken...

Die Studenten haben diese 'wissenschaftliche' Ablehnung der Erfassung der Goldwerte offenbar nicht verstanden...

Deutschnationale für Schimpffreiheit

Die Deutschnationalen bereiten einen großen parlamentarischen Kummel vor, weil der neue preussische Ministerpräsident Braun einen Erlaß an die Landräte...

Unsere Stellungnahme zu der Rede Brauns ist bekannt. Aber es ist anlässlich zu sehen, wie die Deutschnationalen aus dem Häuschen geraten...

Zusammenstoß. Auf der Straße Plänerberg-Wittenberge riefen am Dienstag vormittag zwei Güterzüge zusammen...

Bei Husten, Heiserkeit, Asthma und Lungenleiden sind San.-Rat Dr. Wegscheiders Brust-Tee...

Gewerkschaftliches

Krisis in der Berliner Metallindustrie

Wir berichteten bereits im gestrigen Abendblatt über die Krisis in verschiedenen großen Industrien des Berliner Metallgewerbes und teilten u. a. mit, daß die R. A. G. in Oberschöneweide die 5000 Mann starke Belegschaft krisislos entlassen hat.

Entstanden sind diese Krisen durch das Verlangen der Arbeiter und Angestellten, zur Abwehr der Teuerung eine Wirtschaftshilfe zu fordern.

In den Werken der R. A. G. in Hennigsdorf nahm die Bewegung ihren Anfang. In Betriebsversammlungen wurden folgende Sätze aufgestellt: Für verheiratete Angestellte 3600 M., für ledige 2800 M., für verheiratete Arbeiter 2000 M., für unverheiratete 1500 M. Gleichzeitig wurde beschlossen, daß der Betriebsrat sich mit den Betriebsräten aller Werke und Fabriken der Groß-Berliner Metallindustrie in Verbindung setzen und daß diese Forderungen überall gestellt werden sollten. Zu gleicher Zeit traten die Belegschaften in die passive Resistenz ein, um ihre Forderung zu unterstützen. Die R. A. G. verlangte ein normales Weiterarbeiten von der Belegschaft. Der Betriebsrat fühlte sich aber machtlos und gab der Direktion zu verstehen, daß sie wenigstens das Versprechen abgeben sollte, über die aufgestellten Forderungen verhandeln zu wollen. Diese Bedingung lehnte die Firma ab und entließ, wie gesagt, krisislos die Arbeiterschaft. Inzwischen hat sich auch der Deutsche Metallarbeiterverband mit der Angelegenheit beschäftigt und hat bei den beiden genannten Firmen zu vermitteln versucht. Bei der R. A. G. waren seine Bestrebungen insofern von Erfolg, als in einer Versammlung der gesamten Betriebsräte, die gestern abend stattfand, der Beschluß gefaßt wurde, der Direktion eine Entschädigung zu überreichen, in der mit Rücksicht auf die sprunghaft anwachsende Teuerung eine Beihilfe für Angestellte und Arbeiter gefordert wird. Bei der R. A. G. konnte bis zur Stunde noch nichts erreicht werden, da ja die Firma ihre ganze Belegschaft entlassen hat.

In dem Aufruf des A. S. B. wird Stellung zu diesen Vorgängen genommen, deren Schlussfolgerungen auch wir uns zu eigen machen. Für die brutalen Methoden der R. A. G. dürfte aber in den weitesten Kreisen kein Verständnis zu finden sein. Die Arbeiterschaft hat den entsetzlichen Notstand nicht bewirkt und wehrt sich dagegen, nicht ganz unter die Räder zu kommen. Würden hier schon gewerkschaftliche Pflichten verletzt, so hat diese Firma kein moralisches Recht, die Belegschaft aufs Pflaster zu werfen und den Wirtschaftstrieden im ganzen Gewerbe in Frage zu stellen.

Wir wollen hoffen, daß diese Aktion von der R. A. G. rückgängig gemacht, mit den berechtigten Vertretern der Belegschaft verhandelt und den gestellten Forderungen, denen sich die Firma wird nicht ganz entziehen können, nachkommen wird.

An die Angestellten Groß-Berlins!

Die drückende Not, in die die Arbeiterschaft durch die außerordentliche Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse geraten ist, hat auch Teile der Angestellten-Gesellschaft Groß-Berlins zu Schritten getrieben, die in der gegenwärtigen Situation menschlich verständlich sind, aber vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus nicht gutgeheißen werden können. Die Angestelltenschaft muß sich

vor Augen halten, daß Teufaktionen zu Zersplitterungen führen, die die Gesamtbewegung schädigen. Nur im Einverständnis mit allen in Betracht kommenden Körperschaften können für die einzelnen Branchen Forderungen aufgestellt und mit Aussicht auf Erfolg vertreten werden. Hierbei wird und kann naturgemäß die Fühlung mit den in anderen Branchen tätigen Berufskollegen nicht verloren werden. Wer Teufaktionen unternimmt, handelt auch gegen den Sinn der Solidarität, die sich erst dann recht zeigt, wenn man bei der Vorbereitung und beim Austrag von Kämpfen die Gesamtheit nicht vergißt. Wer nur für sich selber und seinen eigenen Betrieb in bezug auf Lohnerhöhungen arbeitet, ist ein Egoist, der das proletarische Empfinden verletzt. Die im A. S. B. und in den zusammengeschlossenen Gewerkschaften haben alle Vorbereitungen getroffen, um mit den in Betracht kommenden Arbeitgeberorganisationen auch während der laufenden Tarifperiode Erhöhungen zu vereinbaren, die den veränderten Verhältnissen entsprechen.

Wenn dieses Vorgehen der Gewerkschaften Erfolg haben soll, muß jede Sonderbewegung zurzeit unterbleiben.

Allgemeiner freier Angestelltenbund Distrikt Groß-Berlin.

A. S. B. - Funktionäre und A. S. B. - Betriebsräte der Metallindustrie Groß-Berlins. Freitag, abends 5 Uhr, findet im großen Saal der Batschhofer-Brauerei, Kridinstraße 2/3, eine Versammlung aller A. S. B. - Funktionäre und A. S. B. - Betriebsräte der Metallindustrie, A. S. B. - Bund, Distrikt Groß-Berlin.

Zum Streit der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte

Die Streikleitung teilt uns mit: Die angeführten Spitzenorganisationen: Deutscher Beamtenbund, Bund der Beamten und Angestellten der Reichsversicherungsanstalt, Gewerkschaftsbund der Angestellten, Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände und Zentralverband der Angestellten haben in Anbetracht der durch den Streik geschaffenen außerordentlich ersten Lage im Interesse der Streikenden und der gesamten deutschen Angestelltenschaft eine Vermittlungsaktion bei den zuständigen Aufsichtsböden eingeleitet.

Ein Verhandlungsergebnis liegt zur Zeit noch nicht vor. Die Beamten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte werden hiermit aufgefordert, zu der am Donnerstag, den 16. November 1921, vormittags 10 Uhr, in den Kammerböden, Teltower Straße 1-4, anberaumten Versammlung pöllzählig zu erscheinen.

Das Direktorium war so naiv, uns einen Inseratauftrag von einer — halben Seite zu überweisen, in dem die Angestellten aufgefordert werden, „söfort ihren Dienst wieder aufzunehmen“, widrigenfalls Entlassung usw. angedroht wird. Dann heißt es noch: „Jede Behauptung der Streikleitung ist ausgeschlossen.“ — Jedes weitere Wort zu diesem überheblichen Vorgehen erübrigt sich.

A. S. B. - Bekleidungsarbeiter

Am Freitag, den 18. November 1921, abends 7 Uhr, findet in den Sophienböden, Sophienstr. 17/18, eine wichtige Versammlung sämtlicher im Bekleidungsarbeiter-Verband organisierten Genossen statt.

Mitgliedsausweis der Partei und Gewerkschaft legitimieren.

Ausgesperrte der Knorr-Beecke. Die Berichterstatterin vom Termin findet am Donnerstag, den 17. November, vormittags 11 Uhr, im Lokal von Barßch, Neue Bahnhofstr. 20 statt.

ArbeiterSport

Mitgliederversammlung. Heute, Mittwoch, 16. November, nachmittags 7 Uhr, findet auf dem Ringe-Sportplatz, Reinickendorfer, Thuner Straße, an der Ecke, ein Stadtspiel der besten Berliner Fußballmannschaft gegen die Berliner Stadtmannschaft statt.

Parteiveranstaltungen
Freitag, den 18. November, findet um 5 Uhr nachmittags eine gemeinsame Sitzung der Presse-Kommission und der Geschäftsleitung des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg statt. Pöllzähliges Erscheinen notwendig.

Mittwoch, 16. November

1. Mittwoch, abends 7 Uhr Frauenabend. Auf vielseitigen Wunsch Auspröche über die religiöse Erziehung unserer Kinder. Einleitendes Referat Gen. Gerhardt. Vokal des Kulturarbeitersverbandes, Kuppelstr. 30.

2. Mittwoch, abends 7 Uhr in der gebirgigen Kula des Realgymnasiums Offentlicher Vortrag des Gen. Prof. Kellenberg. Inhalt: „Krieg und Frau“ zur Arbeit über von Beethovens, Schubert und Strauss. Eintritt 2 M.

Donnerstag, 17. November

1. Mittwoch, abends 7 Uhr Mitgliederversammlung der 2. Abteilung in der Schulania, Wilmers, Ede Konradstr. (Reihe Schule). 1. Referat. 2. Stellungnahme zum Parteitag. 3. Reichstagsbeschlüsse. Die Gruppenleiter haben hierzu beizubringen ein. Mitgliedsbuch legitimieren.

2. Mittwoch, 2. Kottelung, abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Schulania, Greifenhagenstr. 66/68 (alte Schule). 1. Vortrag. 2. Stellungnahme zum Parteitag. 3. Delegiertenwahlen.

Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr wichtige Mittwochskonferenz bei Kollischmidt, Reuberstr. 87. Um 6 1/2 Uhr Verbandsbesprechung.

Bereitschaftskalender

Donnerstag, 17. November

Zentralverband der Angestellten. Abends 7 Uhr Funktionärenversammlung aller Fachgruppen in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 66/67. — Demalige Sitzung der Historie. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Sophienböden, Sophienstr. 17/18. — Reichsanwaltschafts-Bureau. Abends 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Schulhof, Neue Kottelstr. 24-25. — Textil, Bekleidungs, Leder. Abends 7 1/2 Uhr Belegschafterversammlung in den Sophienböden, Sophienstr. 17/18. — Deutscher Transportarbeiter-Verband. Besprechung der Geschäftsleiter, Lagerarbeiter, Gruppe Journgelöhner. Abends 7 Uhr Versammlung im „Englischen Hof“, Alexanderstr. 27. Tagesordnung: Bericht der Kommissionsmitglieder über den Verlauf der letzten Lohnverhandlung. — Metallischer, Speditionsarbeiter usw. Abends 7 1/2 Uhr Belegschafterversammlung bei Becker, Weckerstr. 17. Tagesordnung: Bericht über die Lohnverhandlung. Branchenangelegenheiten.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Besprechung der Geschäftsleiter, Lagerarbeiter, Gruppe Journgelöhner. Abends 7 1/2 Uhr Belegschafterversammlung bei Becker, Weckerstr. 17. Tagesordnung: Bericht über die Lohnverhandlung. Branchenangelegenheiten.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bezirk Groß-Berlin, Sektion 1, Lederbranche. Gruppenversammlungen: 5 Uhr Gruppe Schuhgroßhandel und Fabrikanten; 7 Uhr Gruppe Bodenleder bei Witte, Volkm. 28. Um pöllzähliges Erscheinen ersucht die Branchenleitung.

Deutscher Wertmischer-Verband. Fachgruppe Metallindustrie. Sämtliche Betriebsleiter und Funktionäre der Metallindustrie haben abends 5 Uhr Versammlung im Restaurant Schulhof, Neue Kottelstr. (Pavillonstr.) Tagesordnung: Teilbertrag. Erscheinen bringen erforderlich.

Seitler, Leppinger und Fortscheller. Nachm. 5 Uhr Vertrauensmännerversammlung der Lebensmittelbranche im Strahlischen Betriebshaus, Alexanderstr. 44. Tagesordnung: A. S. B. - Tarifkommission, heimische Industrie. Nachm. 5 1/2 Uhr Abteilungsversammlung des Zentralverbandes der Angestellten, Berlin-Alexander-Str. 7/10, wichtige Sitzung. A. S. B. - Bund, Distrikt Groß-Berlin.

Historie der Wagen- und Karosseriebranche. Abends 7 Uhr findet in den Sophienböden (Reihe Saal), Sophienstr. 17/18, eine A. S. B. - Versammlung der Angestellten der Wagen- und Karosseriebranche statt. Tagesordnung: Der Verlauf der Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband. Da wichtige Beschlüsse zu fassen sind, ist das Erscheinen sämtlicher in Frage kommenden Kollegen unbedingt notwendig. Mitgliedsbuch eines A. S. B. - Verbandes legitimieren.

Angestellte der Berliner Holzindustrie. Abends 7 Uhr findet im Vollerhof der Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 66/67, eine A. S. B. - Versammlung sämtlicher Angestellten der Holzindustrie statt. Tagesordnung: Das Ergebnis der Tarifverhandlungen mit den vereinigten Arbeitgeberverbänden der Berliner Holzindustrie. Mitgliedsbuch eines A. S. B. - Verbandes dient als Legitimation. A. S. B. - Bund, Verband Holzgewerkschaft. In der Oberrealschule, Niederwallstr. 12, Vortrag des Gen. P. Niebrandt über „Was der Welt der Knute“.

Schwarzarbeiter der Schwerindustrie G. B. 7 1/2 Uhr in der Philharmonie, Köpenicker Str. 66, Mitgliederversammlung des Herrn Kollisch. Eine Wanderung durch Neukölln. Eintritt 1,50 M. Mitgliedsbuch vorhanden. Gölle willkommen.

Verantwortlich für Inhalt und Redaktion: Des Reichsbüros, Berlin-Trieden; für Korrespondenz, Redaktionen und Geschäftsleitungen: H. Kubler, Berlin; für den Anzeigenteil und geschäftliche Mitteilungen: Eduard Kossatz, Charlottenburg. — Verlagsgesellschaft „Freiheit“, G. B. 2, b. S., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. B. 2, b. S., Berlin G. 2, Edele Straße 8-9.

Urteilen Sie selbst!

Erhöhte Zigarettensteuer

Geld-Entwertung

Dennoch die guten MASSARY Zigaretten

MASSARY-CLASSE 50,8
CAID 60,8 * ROAL 70,8

Steigerung allgemeiner Einkosten

Urteilen Sie selbst!

Verteuerung der Edeltabake

KON LINON

